

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Asylchaos: Steigende Zahlen und fehlende Konzepte von Gregor Rutz

Seite 2

Kanton Zürich

Tampons für alle? Gratis-Gelüste gestoppt von Susanne Brunner

Seite 3

Aktuell

Schweiz verkennt sicherheitspolitische Realitäten Interview mit Lukas Joos

Seite 4–5

Fadegrad

Ärger im linksgrünen Luftschloss von Ueli Bamert

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Standaktion in Altstetten mit Lorenz Habicher

Seite 8

KANTONSFINANZEN

So halten wir den Tanker Zürich auf Kurs

Trotz der wirtschaftlichen Herausforderungen geniesst der Kanton Zürich immer noch hohes Vertrauen. Die Finanzdirektion nimmt die Sparforderungen aus dem Kantonsrat ernst und überprüft die Investitionen. Gleichzeitig erfolgt dieses Jahr erneut eine Senkung des Steuerfusses.



Die internationale Ratingagentur S&P Global Ratings bewertet die Kreditwürdigkeit des Kantons Zürich mit der Höchstnote «AAA».

Bild: Haydn Blackey (Flickr.com)

Der Kanton Zürich geniesst höchste Vertrauenswürdigkeit. Zu diesem Schluss kam unlängst wieder die internationale Agentur S&P Global Ratings (früher Standard & Poor's). Nach intensiver Prüfung verlieh sie dem Haushalt zum wiederholten Mal die Bestnote «AAA». In ihrem Bericht lobte die Ratingagentur unter anderem die tiefe Verschuldung,

die Stärke des Steuersubstrats und die Robustheit des Wirtschaftsstandorts.

Teuerung belastet Haushalt

Der guten Verfassung des Staatshaushalts gilt es, Sorge zu tragen, damit die staatlichen Leistungen von heute nicht zur Hypothek der Generationen von morgen werden. Dabei stellen sich ver-

schiedene Herausforderungen in Form von Kräften, die an der Staatskasse rütteln. Eine davon ist die Teuerung. Zwar war sie in der Schweiz – auch dank unserer Währung – nie so hoch wie in anderen Staaten, und sie sank in den vergangenen Monaten wieder unter zwei Prozent. Dennoch ist sie neben dem voraussichtlichen Ausfall der Gewinn-

ausschüttung der Nationalbank ein wichtiger Grund, der das Gleichgewicht des Haushalts infrage stellt. Sie macht sich nicht nur bei den Löhnen bemerkbar, sondern auch bei den eingekauften Dienstleistungen und den Investitionen. Das bekommt ein Kanton zu spüren, der so viel Geld in seine Infrastruktur steckt wie der Kanton Zürich.

Investitionen werden überprüft

Für nächstes Jahr sind Investitionen von 1,3 Milliarden Franken in Schulen, Spitälern und so weiter vorgesehen. Daran hat auch der Kantonsrat bei der Budgetdebatte vergangene Woche nichts geändert. Der Regierungsrat hat auf den Druck reagiert. Er entschied, seine Hochbauvorhaben und seine anderen Investitionen einer Überprüfung zu unterziehen. Das Ziel ist ein sparsamer und wirkungsvoller Einsatz der finanziellen Mittel nach klaren Prioritäten. Klar ist auch, dass der Regierungsrat am hervorragenden Niveau der Infrastruktur nicht rütteln will.

Moderate steuerliche Entlastung

Daneben gilt es, dem Steuersubstrat Sorge zu tragen. Dazu dient die Steuerfussenkung auf 98 Prozent, die vom Kantonsrat erfreulicherweise gutgeheissen wurde. Es ist das zweite Mal in Folge, dass der Steuerfuss auf eine neue Periode moderat gesenkt werden konnte. Vorher lag er während Jahren bei 100 Prozent. Hinzu kommt noch der Ausgleich der kalten Progression. Mir ist klar, dass viele Haushalte die Steuerensenkung wenig spüren und der Ausgleich der kalten Progression zahlenmässig mehr «einschenkt». Aber es signalisiert den insbesondere guten Steuerzahlern, was der Kanton anstrebt: nämlich eine kontinuierliche, moderate Entlastung.

Kanton darf nicht zusätzlich belastet werden

Zudem will ich mich dafür einsetzen, dass dem Kanton nicht immer weitere zusätzliche Belastungen aufgebürdet werden. So muss es mit der Mittelverschiebung vom Kanton zu den Gemeinden vorbei sein.

Im Soziallastenausgleich und bei den Unterhaltsbeiträgen für die Gemeindestrassen wurden jährlich rund 250 Millionen Franken an die Städte und Gemeinden verschoben. Eigentlich hätte man dafür gleichzeitig 3,5 Steuerfussprozent von den Städten und Gemeinden an den Kanton verschieben müssen, damit die Balance erhalten geblieben wäre. Das hat nicht stattgefunden. Hinzu kommt eine Rückvergütung von Versorgertaxen in der Kinder- und Jugendhilfe aufgrund eines Gerichtsurteils. Das sind alles alte abgerechnete Fälle, und niemandem geht es deswegen besser oder schlechter. Dennoch wird der Kanton dafür möglicherweise bis zu einer halben Milliarde Franken nachträglich an die Gemeinden zahlen müssen.

An Herausforderungen für den Finanzdirektor mangelt es nicht. Insgesamt bin ich für den Staatshaushalt aber zuversichtlich. Der Kanton verfügt über robuste Zahlen und baute die Schulden seit 2018 um fast eine Milliarde Franken ab. Ich setze mich auch nächstes Jahr dafür ein, dass der Kanton solid finanziert bleibt und weiterhin Bestnoten verdient.



Ernst Stocker
Regierungsrat SVP
Wädenswil

GOAL GLOSSAR

Mobilisierung

Mobilisierung
<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

AHV nicht ruinieren!



Martin Haab
Nationalrat SVP,
Präsident Zürcher
Bauernverband



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP



Benjamin Fischer
Nationalrat SVP

13. AHV-Rente
NEIN

Zürcher Komitee, Oberdorfstrasse 32, 8001 Zürich
www.ahv-13-nein.ch



Christoph Mörgeli

Heiliger Bimbam Deutscher Nation

Geschichtsbewusstsein ist Glücksache. In der «NZZ am Sonntag» schreibt Markus Bernath einen verunglückten Kommentar. Dieser aus Bayern stammende Journalist arbeitet seit 2015 für das Schweizer Blatt. Der Titel seines neusten Artikels lautet: «Das Heilige Römische Reich muss Vorbild der EU werden». Als Begründung seiner Heiligung der Europäischen Union nennt Bernath die Bedrohung durch Putin, Trump und Geert Wilders.

Der Autor freut sich unbändig über die geplante Aufnahme der Ukraine in die EU. Bezüglich der Kosten gibt er sich grosszügig: «Klotzen, nicht kleckern». Gegen das imperialistische Russland müsse die EU die «Insignien der Macht» präsentieren und ein «Imperium des Friedens» schaffen. Bernaths Friedensimperium EU fängt an mit «eigenen Truppen». Und dann beschwört er das «Heilige Römische Reich Deutscher Nation», ein Konstrukt, das 844 Jahre gedauert habe. Warum fordert der Deutsche Markus Bernath in der «NZZ am Sonntag» nicht gleich ein «Tausendjähriges Reich»?

«Politische Grauzonen» dürfe es in diesem Heiligen Reich Deutscher Nation nicht mehr geben – auch nicht eine selbstbestimmte Schweiz. Solche Töne lassen einen Schweizer frösteln, weil er jede Heiligung der Politik verabscheut. Sei es ein Heiliges Römisches Reich oder die daran anschliessende Heilige Allianz. Denn es handelt sich dabei um monarchisch geführte, ständisch gegliederte Konzepte. Soll ein EU-Gottesstaat wie ehedem wieder Kreuzzüge veranstalten? Und von Zeit zu Zeit ein Judenpogrom?

Wir Schweizer verdanken Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand gerade der Loslösung vom Römischen Reich Deutscher Nation. Basels Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein erklärte es 1647 so: «Es ist reichs- und weltkündig, dass die Eidgenossenschaft ein freier Stand ist, so nebst Gott einzig von sich selbst abhängt.» Nur die «NZZ am Sonntag» sehnt sich nach einem Anschluss ans Heilige Römische Reich. Dessen «Peinliche Halsgerichtsordnung» sah übrigens folgende Todesstrafen vor: Verbrennen, Enthaupten, Vierteilen, Rädern, Hängen, Ertränken, Pfählen und lebendig Begraben.

Asylthemen dominieren letzte Sessionswoche

Nachdem die zweite Woche ganz im Zeichen der Bundesratswahlen stand, war die letzte Woche der Wintersession etwas ruhiger. Viele Themen aus der Sicherheitskommission und aus der staatspolitischen Kommission wurden behandelt.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Die dritte Sessionswoche in Bern hat wieder mit der Fragestunde an die Bundesräte gestartet. Eine gute Frage seitens SVP war, wie lange sich der Bund noch von eritreischen Asylanten an der Nase herumführen lässt. Auch ging es in vielen Fragen um den Schutzstatus S und um den Grenzschutz.

Ausserdem stand nochmals das Budget, genauer gesagt der Voranschlag 2024 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2025–2027, auf der Traktandenliste. Am Abend ging es entspannter zu und her. Es fanden verschiedene Apéros von Verbänden statt, so vom Hauseigentümerversand und von Hottellerieuisse.

Neue Härtefallregelung birgt Missbrauchspotenzial

Am zweiten Ratstag waren verschiedene Geschäfte auf dem Programm, unter anderem auch aus der staatspolitischen Kommission, so auch die Asylpraxis in Bezug auf Afghaninnen, mit einer Motion von Gregor Rutz. Im nächsten Geschäft ging es darum, bei häuslicher Gewalt die Härtefallpraxis nach Artikel 50 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) zu garantieren. So solle

gemäss den Linken der Schutz bei häuslicher Gewalt verbessert werden, auch für vorläufig Aufgenommene und Personen mit Aufenthaltsbewilligung. Das Problem ist, dass die neue Regelung und die Erweiterung viel Missbrauchspotenzial bergen. Barbara Steinemann vertrat diese Minderheit. Leider war die SVP alleine.

Knappe Mehrheiten bei Asylvorstössen

Danach folgten Motionen von Damian Müller, die forderten, dass Rückführungen nach Algerien verbessert werden und dass Italien endlich das Dublin-Abkommen einhält. Beide wurden erfreulicherweise angenommen. Ebenfalls erwähnenswert ist die Motion von Werner Salzmann, wonach Straftäter konsequent ausgeschafft werden sollen. Ein weiterer Programmpunkt zum Asylthema verlangte, dass die Kapazitätsplanung im Asylbereich umfassend angegangen wird. Bei vielen Themen waren die Mehrheiten sehr knapp. Immerhin war die FDP meist auf unserer Seite.

Hamas-Verbot kommt

David Zuberbühler (SVP, AR) sprach zur Motion zum Verbot der Terrororganisation Hamas. Hier müssen klare Zeichen gesetzt werden. Friedliche Lösungen werden von der Hamas sowie so abgelehnt.

Das Verbot wurde von der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) einstimmig gefordert. Anschliessend wur-

den Bundesrätin Baume-Schneider viele Fragen gestellt. Das Verbot sowie ein Postulat zur Prüfung von Sanktionen gegen die Hamas wurden einstimmig angenommen.

Ereignisreicher Abschluss der Wintersession

Am Dienstagnachmittag besuchte Alt-Bundesrat Christoph Blocher die Fraktionssitzung der SVP. Es ging um finanzpolitische Themen sowie um die Erneuerungswahlen der Fraktionsgre-

mien, der Vorsitzenden und des Vorstandes.

Mit den Geschäften zum CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2024 sowie zur Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand bot auch der Mittwoch einigen politischen Zündstoff. Am Donnerstag stand am Morgen das Energiegesetz auf der Traktandenliste und am Nachmittag reisten alle an die Feier der Bundespräsidentin Viola Amherd im Wallis. Doch damit ist die Wintersession noch nicht zu Ende. Am Freitag vor Weihnachten folgt der letzte Tag, bevor alle in ihre verdienten Ferien starten.



Das neue Durchgangszentrum Sihlau in Adliswil. Bild: Sicherheitsdirektion Kanton Zürich

ELISABETH BAUME-SCHNEIDER HINTERLÄSST EINEN PENDENZENBERG IM JUSTIZDEPARTEMENT

Chaos im Asylbereich: Steigende Zahlen und fehlende Konzepte

Vergeblich kämpfte die SVP dafür, dass die Praxisänderung des Staatssekretariats für Migration (SEM) in Bezug auf die Asylgewährung für Frauen aus Afghanistan rückgängig gemacht wird. Der Vorstoss wird erst im Frühjahr von der Staatspolitischen Kommission behandelt, nachdem die Mitte-Fraktion zusammen mit Grünen, Grünliberalen und Sozialdemokraten die Abtraktandierung durchgesetzt hat.

Gregor Rutz
Nationalrat SVP
Zürich

Klammheimlich hat das Staatssekretariat für Migration per 17. Juli 2023 eine Praxisänderung verfügt. Mit Bezug auf weibliche afghanische Asylsuchende heisst es lapidar: «Ihnen ist die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen.» Weder der Bundesrat noch das Parlament wurden zu diesem Schritt vorgängig konsultiert oder informiert. Die Einladung wurde verstanden – die Zahl der Asylgesuche von Afghaninnen stieg an. Die Frauen kommen aber kaum je aus Afghanistan, sondern fast immer aus

Drittstaaten, wo sie bereits in Sicherheit sind. Kommt hinzu: Die Praxisänderung ist völlig unnötig, denn über die schreckliche Situation in Afghanistan herrscht Einigkeit. Keine afghanische Frau wird in ihr Land zurückgeschickt. Auch bei abgelehntem Gesuch erhalten die Frauen eine vorläufige Aufnahme, da die Rückführung unzumutbar ist.

Tausende auf der Flucht

Seit Jahren nehmen die weltweiten Migrationsbewegungen zu. Mittlerweile sind rund 110 Millionen Menschen auf der Flucht. Die meisten Flüchtlinge, die unfreiwillig vor Krieg und Katastrophen fliehen müssen, bleiben im eigenen Land oder gehen allenfalls in ein Nachbarland – sie wollen so rasch wie möglich wieder zurück nach Hause. Nur wenige treten freiwillig eine Reise in

andere Kontinente an. Ähnlich ist es bei den Afghanen – wobei die Zahlen immens sind. Nach Angaben des UNHCR waren Mitte 2023 rund 9,7 Millionen Afghanen auf der Flucht. Über 5 Millionen Staatsbürger – darunter viele Afghaninnen – leben bereits in Nachbarländern Afghanistans. Sie alle dürften laut SEM in die Schweiz kommen und können hier Asyl erhalten. Der Entscheid des SEM provoziert damit das Gegenteil dessen, was nötig wäre: Wir müssen die weltweiten Migrationsströme unterbrechen, um den Schleppern das Handwerk zu legen. Hilfe vor Ort ist besser, effizienter und überdies günstiger. Die Linksparteien fordern das Gegenteil: Sie wollen «sichere Migrationsrouten». Damit würden die Migrationsämter quasi zu Reisebüros. Frohe Aussichten.

Asylgesetz verlangt Einzelfallprüfung

Das schweizerische Asylgesetz sieht im Falle eines Asylgesuchs immer eine Einzelfallprüfung vor. Eine pauschale Gewährung der Flüchtlingseigenschaft ist gesetzlich nicht vorgesehen. Einzige Ausnahme ist der Schutzstatus S, welcher derzeit mit Bezug auf die Ukraine in Kraft ist.

Soll einer ganzen Gruppe Schutz gewährt werden, muss dies der Bundesrat entscheiden – nach Anhörung der Kantone, des Parlaments und gewisser Interessenvertreter. Das Gesetz sieht jedoch nicht vor, dass das EJPD oder ein einzelnes Bundesamt pauschal einer ganzen Gruppe die Akzeptanz als Flüchtlinge versprechen könnte.

Um diese rechtlichen Fragen zu vermeiden, wurde rechtzeitig vor der ausserordentlichen Session ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts publik gemacht, welches die SEM-Praxis stützen sollte. Das Urteil war aber nicht etwa

ein Grundsatzentscheid des Gerichts, wie es gewisse Medien verkaufen wollten – es war vielmehr ein mit viel Fleiss und Aufwand erarbeitetes Argumentarium unter Federführung einer grünen Verwaltungsrichterin.

Status B und Familiennachzug

Mit der Praxisänderung sollen afghanische Frauen neu sofort den Status B erhalten – also die gleiche Aufenthaltsbewilligung, wie sie EU-Bürger bekommen, wenn sie in der Schweiz arbeiten möchten.

Die Frauen dürfen auch ihre Familie und ihre Männer in die Schweiz holen. Doch sind sie nicht genau wegen der Männer aus ihrem Land geflohen?

Die Grosszügigkeit kennt kaum Grenzen. Selbst die über 3000 Afghaninnen, die bereits in der Schweiz sind und eine vorläufige Aufnahme (Status F) erhalten haben, werden aufgefordert, neue Gesuche zu stellen: «Afghaninnen, deren Asylgesuch in der Vergangenheit abgelehnt wurde und die über eine vorläufige Aufnahme in der Schweiz verfügen, steht es vor dem Hintergrund der Praxisanpassung frei, beim SEM ein erneutes Asylgesuch zu stellen», heisst es im Faktenblatt des SEM.

Konzeptlose Asylpolitik

Dieses Beispiel dokumentiert einmal mehr: Die schweizerische Asylpolitik ist seit Jahren völlig konzeptlos. Wer solche Entscheide fällt, ist von allen guten Geistern verlassen. Es geht nicht darum, den Afghaninnen zu helfen – das machen wir bereits.

Die konzeptlose Asylpolitik und der Zustrom von immer mehr Migranten führen aber dazu, dass die Schweiz bald nicht mehr in der Lage ist, ihre humanitären Aufgaben wahrzunehmen.

Dass der Bundesrat dies nicht früher korrigiert hat, wirft etliche Fragen auf. Dass das Parlament in der Wintersession aber keine Diskussion über diese wichtigen Punkte führen wollte, ist ein Skandal.



Die Taliban haben 2021 in Afghanistan wieder die Macht übernommen.

Bild: Callum Darragh (Flickr.com)

AUS DEM KANTONS RAT

Süsser die Kassen nie klingeln

Kurz vor Weihnachten standen am Vormittag Bildungsthemen und am Nachmittag ein Sammelsurium auf der Traktandenliste des Kantonsrates. Viele Kantonsräte waren in Weihnachtsstimmung und wollten grosszügig Geschenke auf Kosten der Steuerzahler verteilen.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

An diesem Montag ging es zuerst um Bildungsthemen. Viel Geld für die Digitalisierung in den Bildungseinrichtungen und die Förderung von Sprachaufenthalten in der Romandie. Hier spielte vermutlich die Hoffnung mit, dass die Schüler auf diese Weise klüger werden. Einmal mehr wurde die Bildung aber in erster Linie verteuert, denn der Regierungsrat hatte bereits eine Fachstelle zur Förderung der Sprachaufenthalte geschaffen. Der Pisa-Test hat jedoch gezeigt, dass in unseren Schulen eigentlich zuerst einmal Deutsch gefördert werden müsste.

Advent, Advent, die Linke flennt

Anschliessend ärgerte sich die linke Ratsseite über die Geldstrafen an den Universitäten für Studenten, die bei Prü-

fungen gemogelt oder Arbeiten abgeschrieben hatten. Sprachen die linken Kantonsräte aus eigener Erfahrung? Man weiss es nicht. Die linke Aufregung war jedenfalls unnötig, denn das Bundesgericht hatte bereits im September die Geldstrafen als nicht gerechtfertigt bezeichnet.

O du fröhliche Menstruationszeit

Vor der Mittagspause wurde dann fast eine Stunde lang über die Menstruation diskutiert. Die Linken und Grünen forderten kostenlose Menstruationsartikel an Schulen und Universitäten und verglichen diese mit Seife und Papier auf den Toiletten. Romaine Roggenmoser und Susanne Brunner entgegneten für die SVP, dass der Staat nicht für die Körperhygiene zuständig sei. Wenn das so weitergeht, wird der Staat bald auch Rasierer und Zahnbürsten gratis zur Verfügung stellen. Zudem sind Mädchen und Frauen keine hilflosen Wesen, die bei der Menstruation auf den Staat angewiesen sind. Nicht nur die Linke, sondern auch die eher mehr linke als mit-

tige Partei der Mitte sah das anders, weshalb das Postulat nur ganz knapp scheiterte.

Stille Nacht, CO₂-freie Nacht

Endlich wurde danach wieder das Klima zum Thema. Es musste an diesem Montag aber aussergewöhnlich lange warten. Es ging um Entschädigungen für Berufsgruppen, die infolge der Klimamassnahmen ihre Arbeit verlieren, also zum Beispiel Kaminfeger oder Automechaniker. Ueli Bamert (SVP) wies zu recht darauf hin, dass die Klimaparteien seit Jahren genau diese Berufe schlecht machen und ihre schädliche Politik nun mit Geld vertuschen wollen. Die Mitte schien sich jetzt plötzlich wieder daran zu erinnern, dass sie vor ein paar Jahren noch Christliche Volkspartei hiess, stimmte mit den Bürgerlichen und überliess somit das Verteilen der Geschenke den heiligen drei Königen. Diese kamen wie immer im rotgrünen Gewand daher. Anschliessend folgte für einmal aber ein geschicktes Postulat der Grünen. Ein Weihnachtswunder also. Die Regierung wurde aufgefordert, die Möglichkeit aufzugleisen, dass Abgänger der Pädagogischen Hochschule wie früher alle Fächer der Primarschule unterrichten dürfen. Damit könnte der Lehrermangel gemindert werden.

Leise rieselt das Klischee

Am Nachmittag wurde ein Beitrag von 3,5 Millionen Franken für die Europameisterschaft im Frauenfussball bewilligt.

Danach folgte wieder das Klima. Die grünen Stimmen forderten einen Verzicht auf Flugreisen für das kantonale Personal. Auch dann, wenn diese günstiger und viel schneller sind. Zudem wollten sie einen Mobilitätsbericht. Damit bewahrheitete sich einmal mehr das Klischee, dass linke Politiker Bürokratie mögen. Dann wurden alle in die Weihnachtspause entlassen – in der hoffnungslosen Hoffnung, dass die Kantonsräte sich für 2024 zum Vorsatz nehmen, nur noch sinnvolle Vorstösse einzureichen.



An Weihnachten sind auch die Linken in Schenklaune, allerdings mit dem Geld der Steuerzahler. Bild: publicdomainpictures.net

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Auf ein gutes neues Jahr!

Mit grosser Freude, aber auch mit Respekt, übernehme ich die Rolle des neuen Fraktionspräsidenten der SVP im Kantonsrat. Meine Dankbarkeit gilt dabei der Fraktion, die mir ihr Vertrauen entgegengebracht hat, sowie meiner Familie, die Verständnis dafür zeigt, dass ich in Zukunft politisch noch stärker eingebunden sein werde.

Motiviert und angetrieben werde ich von dem beeindruckenden Engagement meiner Kolleginnen und Kollegen, die sich mit Leidenschaft für unsere gemeinsamen Überzeugungen einsetzen. Von ihnen und den zahlreichen engagierten Parteimitgliedern lerne ich täglich dazu und ich schätze ihre wertvolle Arbeit im Dienst unseres Landes. Besonders dankbar bin ich für die tapfere und selbstlose Arbeit unserer Vorgänger.

Nun müssen wir unseren Beitrag leisten – nicht für uns selbst, sondern für das Wohl unseres Landes und das unserer Kinder. Wir wollen sicherstellen, dass sie dasselbe Erbe geniessen können, wie wir es heute tun. Unsere Verantwortung ist daher gewaltig: Den Wohlstand und die hohe Lebensqualität, die eine Errungenschaft unserer Vorfahren sind, müssen wir bewahren und weitergeben.

Diese Leistungen sind jedoch bedroht von politischen Strömungen, die glauben, die Schweiz schwimme im Geld. Linke Politiker argumentieren im Kantonsrat oft, dass wir als eines der reichsten Länder der Welt alles finanzieren können und müssen, von Klimamassnahmen über die umfassende Gesundheitsversorgung bis hin zum Grundeinkommen und dem Recht auf Wohnraum. Es ist offensichtlich, und die Geschichte hat es gezeigt, dass eine zu freigiebige sozialistische Politik langfristig zu einem finanziellen Desaster führen wird.

Die Schweiz hat bislang erfolgreich die Macht auf verschiedene Ebenen nach unten verteilt, im Gegensatz zur zentralistischen Tendenz der EU. Doch auch in der Schweiz nimmt die Zentralisierung zu. Immer mehr Gesetze werden von Bern über die Kantone und Gemeinden gestülpt, und Kompetenzen werden an den Bund übertragen, um Verantwortung zu vermeiden. Wir müssen sicherstellen, dass die Macht und Kompetenz wieder auf die kleinstmögliche Ebene zurückgegeben werden. Daher liegt es nun an uns, diese Entwicklungen zu korrigieren, unsere Schwerpunkte richtig zu setzen und uns gemeinsam darauf zu konzentrie-

ren, weitere Zentralisierungstendenzen, wie das Rahmenabkommen 2.0, zu bekämpfen. Unsere nationale, aber auch kantonale und kommunale Gesetzgebung darf nicht übersteuert werden.

Schliesslich sind die direkte Demokratie und der Föderalismus unser höchstes Gut und müssen geschützt werden. Die SVP steht als standhafte, verlässliche Kraft bereit, sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Unterstützung und ermutige jeden Einzelnen, sich aktiv zu beteiligen, neue Mitglieder zu gewinnen und an Veranstaltungen teilzunehmen. Gemeinsam können wir viel erreichen, um die Zukunft unseres Landes im Sinne unserer Werte und Überzeugungen zu gestalten.



von Tobias Weidmann

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Gratis-Gelüste gestoppt



Susanne Brunner
Kantonsrätin SVP
Zürich

Hohe Wogen am Montagmorgen im Kantonsrat. «Kostenloser Bezug von Artikeln zur Menstruation» lautete der Titel eines Vorstosses, der die intensivste Debatte des Tages auslöste. Ein Verbund aus Grünen, SP, AL, EVP und Mitte wollte erreichen, dass künftig in allen vom Kanton betriebenen Schulen Menstruationsartikel gratis zur Verfügung gestellt werden.

Die gute Nachricht vorweg: Der Vorstoss scheiterte. Die Gratis-Gelüste von Mitte-Links wurden von der bürgerlichen Seite aus SVP, FDP und Teilen der GLP gestoppt. Das ist ein guter wie auch wichtiger Entscheid. Die Linke meinte, mit dem Vorstoss würde eine grosse Last von den Mädchen in den Schulen genommen und wir Bürgerlichen sollen «solidarisch» sein und da gefälligst mitmachen. Auch koste das ja nicht die Welt. Ich habe in der Debatte argumentiert, dass wir uns in einer Schiefelage befinden, wenn der Staat plötzlich zuständig sein sollte für die Körperhygieneprodukte seiner Bürger. Dies stellt im Kern den Einstieg in das bedingungslose Grundeinkommen dar. Denn was kommt als nächstes? Brillen, Hörgeräte oder Inkontinenzartikel sind auch unverzichtbar für die Betroffenen. Muss all dies ebenfalls gratis vom Staat zur Verfügung

gestellt werden? Auch habe ich den Postulanten klar gemacht, dass sie mit ihrem Vorstoss die lange erkämpfte Gleichstellung von Frau und Mann angreifen. Indem sie für Frauen eine Spezialbehandlung durch den Staat einfordern, wird die Gleichstellung geschleift. Eine Gleichstellung, die von unseren Grossmüttern und Müttern über Jahrzehnte hinweg erkämpft werden musste! Jetzt soll es plötzlich in eine andere Richtung laufen: Frauen benötigen eine andere Behandlung als Männer, so das Weltbild der Linken. Die Postulanten haben ihren Widerspruch leider nicht erkannt. Trotzdem wurde der Vorstoss mit 86 zu 81 Stimmen abgelehnt. Das Ganze mag als Nichtigkeit erscheinen. Doch das ist es keineswegs. Der bürgerliche Sieg bei diesem Vorstoss ist bedeutend. Er stoppt einerseits die weiteren Gelüste der Linken nach weiteren Gratis-Angeboten, z.B. Menstruationsartikel in allen öffentlichen Toiletten oder Gratis-ÖV. Andererseits nimmt er auch der Idee von Menstruationsferien in der Verwaltung den Wind aus den Segeln. All diese Themen sind in der Stadt Zürich bereits Realität oder von den linken Parteien auf die politische Agenda gesetzt worden. Darum ist der 18. Dezember ein guter Tag für den Kanton Zürich. Die Bürgerlichen konnten das linksgrüne Programm stoppen. Diesmal mit der Unterstützung der GLP. Das Verhalten der Mitte hingegen ist enttäuschend. Hoffen wir, dass auch künftig bürgerliche Mehrheiten im Kantonsrat Zürich möglich bleiben.



Linksgrün möchte Tampons gratis an Frauen abgeben. Warum nicht auch Brillen, die für die Betroffenen ebenfalls unverzichtbar sind? Bild: Wikipedia

ASYLCHAOS

52 000 illegal Eingereiste

rw. Die Schweiz befindet sich in einer veritablen Flüchtlingskrise. Im letzten Jahr gab es mehr als 52 000 illegale Einreisen. Auch in diesem Jahr erreichen die monatlichen Zahlen Höchststände. Obwohl schon mehrfach verlangt wurde, die Grenzkontrollen zu verstärken, lehnte der Bundesrat dies bisher konsequent ab.

Die Genfer SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz fragte mittels Interpellation den Bundesrat, ob stationäre Grenz-

kontrollen, wie sie jetzt Deutschland handhabe, nicht sinnvoll seien. Aus Sicht des Bundesrates müsse dies eine angemessene Reaktion auf die Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit sein. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen müsse «das letzte Mittel sein». Nach Ansicht des Bundesrates befindet sich die Schweiz derzeit nicht in einer Situation, welche die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen rechtfertigen würde.

Sessionsrapport zum Start in die neue Legislatur

Krankenkassen, Mieten, Asylmissbrauch – immer mehr zahlen wegen den Linken?

Spannende Informationen von den Stadtzürcher SVP-Nationalräten zur Wintersession 2023, zu den Bundesratswahlen und den Volksabstimmungen vom 3. März 2024



Alfred Heer



Gregor Rutz



Mauro Tuena

Begrüssung: Camille Lothe, Präsidentin SVP Stadt Zürich

Dienstag, 16. Januar 2024 – 18h30
Biergarten, Hohlstr. 25, 8004 Zürich

Alle sind herzlich willkommen – auch Nichtmitglieder der SVP!

www.svp-stadt-zuerich.ch



SVP BEZIRK DIETIKON

Grossartiger Sessionsapéro im Schlössli



Aufmerksame Mitglieder und Sympathisanten lauschen den Worten der Referenten.

Bild: ZVG

Nationalrat Fredi Heer und Kantonsrat Roger Schmidinger referierten am 16. Dezember 2023 zu aktuellen Themen wie Pistenverlängerung, Ufer-Initiative, Anti-Chaoten-Initiative sowie Windenergieanlagen und lieferten eine Analyse der NR- und SR-Wahlen. Pünktlich um 10 Uhr kamen im Schlössli Weiningen rund 50 Mitglieder und Sympathisanten aus dem ganzen Bezirk Dietikon zusammen, um den Voten der zwei Her-

ren aufmerksam zuzuhören. Zuerst dachten wir, dass es schwierig sein wird, so kurz vor Weihnachten ein Sessionsapéro durchzuführen. Wir wurden vom Gegenteil überrascht – die Bevölkerung beginnt, sich wieder politisch aktiv zu interessieren.

Kantonsrat Schmidinger nahm zu den aktuellen, bereits erwähnten kantonalen Themen Stellung und die Anwesenden nahmen die Chance wahr,

viele Fragen zu stellen. Sein Kollege, Nationalrat Fredi Heer, kam auf die nationalen Themen zu sprechen und widmete sich besonders der Analyse der NR-/SR-Wahlen 2023. Die SVP hat schweizweit auf 28,6 % zugelegt. Die nächstgrössere Partei erhält noch 18 %. Dies zeigt die Stärke der SVP. Was hingegen nie einfach für die SVP ist, sind Majorzwahlen.

Bei den Ständeratswahlen im Kanton Zürich hatte die SVP keinen Erfolg, obwohl Nationalrat Gregor Rutz ohne Zweifel ein hervorragender Kandidat gewesen ist. Weiter erwähnte Heer noch die Bundesratswahlen und erklärte uns, wie sie abgelaufen sind. Erstaunt hat uns dann die Zahl von 1,5 Mrd. Franken. So viel haben uns die ukrainischen Flüchtlinge mit dem Spezial-Status S bisher gekostet. Wir wünschen allen wunderschöne Weihnachten im Kreise der Familie und Freunde.

Für die SVP Bezirk Dietikon,
Roland Wüthrich

ÜBERLEGUNGEN ZUR DEMOKRATIE

Milizsystem an seinen Grenzen?

Wohl garantiert das Schweizermodell auch Stabilität und Ausgewogenheit, doch es gibt Fragezeichen. Sind die Gewählten wirklich so unabhängig, wie das eigentlich gewünscht wäre?



Bernhard Im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Die Selektion beginnt schon ganz am Anfang: Wer kann sich überhaupt einen Wahlkampf leisten? Da werden trotz der Transparenzregelung, bei der die Herkunft der Mittel ab 50 000 Franken deklariert werden müssen, die Fragezeichen nicht kleiner. Es ist offenkundig, dass nicht nur in Einzelfällen auch Einsätze in der Grössenordnung von einer Viertelmillion und mehr geleistet werden müssen – oft ohne Aussicht auf eine Wahl. Gerade Kandidaten auf Unterlisten müssen sich bewusst sein, bloss Wasserträger zu sein.

Unabhängigkeit und Sponsoring

Natürlich gibt es auch Unterstützungs-Komitees, die für ein «Fund Raising» sorgen: Privatpersonen oder grössere und kleinere Verbände, Gruppen und Organisationen. Auch Gewerkschaften können aus den Beiträgen ihrer Mitglieder die Lieblinge ihrer Spitze alimentieren. Aber all diese Unterstützer haben dann eines gemeinsam: ihre eigene Erwartungshaltung an die Gewählten, die keineswegs mit den Anliegen der Wähler übereinstimmen muss

Wenn beispielsweise gewisse Interessengruppen des Handels in Grenzregionen «ihre» Kandidaten unterstützen, dann ist offensichtlich, dass sie nur darauf warten, wie die Gewählten dann mit Vorstössen gegen den Konsum im Ausland vorgehen und damit gerade auch Konzerne im Ausland begünstigen, die in der Schweiz abzocken. Beispiele stammen aus den Grenzregionen Basel und Schaffhausen.

Ansprüche über dem Milizstandard

Der Aufwand aber, den die Mitglieder des Parlamentes für ihr Amt leisten müssen, geht weit über die Teilzeit hinaus, die in einem Milizsystem, das Beruf und Politik verbindet, eigentlich vorgesehen wäre. Das heisst nichts weniger, als dass man die private Laufbahn so gut wie aufgeben muss, es sei denn, man will seine Tage so extrem takten, dass dies der körperlichen und seelischen Gesundheit schadet.

Wenn es zu einer Abwahl kommt, entspricht das einer fristlosen Kündigung. Die Übergangschädigung

spannt für kurze Zeit ein Netz im Rahmen des Existenzminimums. Abgewählte sind dann aber auf dem Arbeitsmarkt kaum vermittelbar. Headhunter sehen oft nur auf den Jahrgang und die kürzlich erworbenen spezifischen Erfahrungen. Generalisten aus dem Parlament in einem Alter, das zwar für Erfahrung bürgt, aber nicht für Jugendlichkeit, sind auf dieser Jagd schwerlich gefragt.

Bundesratswahl – Machiavellismus in Reinkultur

Gerade die jüngste Bundesratswahl zeigt dies erneut auf. Für einen Newcomer, der den Jungsozialisten nahe ist, gegen die Armee und – nicht nur als Präsident der Alpeninitiative – gegen die

zweite Gotthardröhre steht, dafür aber mit mässiger Lebenserfahrung zu ideologischen Schlüssen neigt, wird eine ganze manipulative Maschinerie in Bewegung gesetzt.

Neue Wege für Spitzenpositionen

Wenn man neue Wege gehen wollte, fragt es sich, ob in Spitzenpositionen nicht solche Menschen gelangen sollten, die ihre Energie nicht mit Intrigieren und Ellbögen verschwenden, sondern für Sache und Verantwortung einstehen.

Vielleicht würden gerade jene ihre Berufung in ein hohes Amt am besten umsetzen, die dieses Amt gar nicht unbedingt anpeilten und überraschend berufen werden.



Für welche Interessen Politiker stehen, ist nicht immer transparent. Bild: Pxhere.com

Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht ein

vollamtliches Mitglied für das Sozialversicherungsgericht (SVP)

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Sozialversicherungsgericht ist ein oberstes kantonales Gericht und als einzige kantonale Rechtsmittelinstanz zuständig für die Behandlung von Beschwerden und Klagen in den Bereichen der Sozialversicherung, so insbesondere der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Alters- und Hinterlassenenversicherung, der Krankenversicherung und der beruflichen Vorsorge.

Anforderungen:
- Vertiefte Kenntnisse im Verwaltungsverfahrensrecht und durch Praxis oder wissenschaftliche Tätigkeit erworbene Spezialkenntnisse in den wichtigsten Teilgebieten des Sozialversicherungsrechts.
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht oder gleichwertige Qualifikationen
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Die jährliche Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldung der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Sozialversicherungsgerichts vom 3. Januar 1994 (L.S. 212.83)

Umfassende Informationen zum Sozialversicherungsgericht finden Sie im Internet unter <http://www.sozialversicherungsgericht.zh.ch>. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, lic.iur. Katrin Meyer, unter Tel. 043 259 20 67 (Mo, Di und Do).

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **8. Januar 2024**.

FROHE FESTTAGE

Weihnachtswünsche aus dem Kantonsrat

Die SVP-Kantonsrats-Vertretung aus Winterthur-Land und Winterthur Stadt wünscht euch allen besinnliche und frohe Festtage sowie einen guten Rutsch

ins neue Jahr 2024. Haltet euch Sorge und bleibt gesund!
Herzlichen Dank für eure Unterstützung.



Winterthur-Land liegt ihnen am Herzen: KR René Isler, KR Urs Wegmann, KR Susanna Lisibach, KR Ruth Büchi und Fraktionspräsident Tobias Weidmann (v.l.n.r.).

Bild: ZVG

Bei der SVP ist jeder «König» – versprochen!

«König»

Liste 1

Frohe Festtage und alles Gute zum neuen Jahr.

Standaktion am Lindenplatz, Altstetten, 9 bis 11 Uhr
Samstag, 6. Januar 2024

Ihre SVP Zürich Nüün, Kantonsrat Lorenz Habicher

Dübendorf, 19. Dezember 2023

EINLADUNG

zur Delegiertenversammlung

vom Donnerstag, 11. Januar 2024, 19.30 Uhr

Worbighalle, Botzengasse 15, 8416 Flaach

Vorprogramm

Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie Ghackets und Hörnli und zum Dessert einen Nussgipfel.
- Musikalischer Auftakt durch die Flaacher Dorfspatzen
- Begrüssung durch Stefan Stutz, Bezirkspräsident Andelfingen

Traktanden

1.	Begrüssung und Standortbestimmung	Parteipräsident
2.	Wahl der Stimmzähler	Parteipräsident
3.	Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2024: Parolenfassung:	
	a) Volksinitiative vom 28. Mai 2021 «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» Kontradiktorische Behandlung	
	Pro:	KR Manuel Sahli, AL
	Contra:	NR Nina Fehr Düsel
	b) Volksinitiative vom 16. Juli 2021 «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»	NR Martin Hübscher
4.	Kantonale Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2024:	Parteipräsident
	- Verfassungsänderung (Wahl oberste kantonale Gerichte)	
	- Uferinitiative	
	- Pistenverlängerung	
	- Anti-Chaoten-Initiative	
5.	Erkenntnisse und Massnahmen aus dem Wahljahr 2023	Parteipräsident
6.	Umfrage / Diskussion / Verschiedenes	Alle

STEUERGELDER FÜR DIE KATZ

Elektrobusse für Bangkok?

Die Schweiz finanziert Elektrobusse in Thailand. Im Gegenzug wird ihr CO₂ gutgeschrieben. Der Nutzen für die Umwelt ist gleich Null.



Markus Bopp
Kantonsrat SVP
Otelfingen

Bundesrat Albert Rösti unterzeichnete anlässlich der Klimakonferenz in Dubai einen Staatsvertrag, nach dem die Schweiz elektrisch angetriebene Busse in Bangkok finanziert.

Moderner Ablasshandel

Man muss sich dies einmal auf der Zunge zergehen lassen. Die Schweizerische Eidgenossenschaft bezahlt viele Millionen unserer Steuergelder an eine fern liegende Grossstadt, damit diese Grossstadt nun Elektrobusse kaufen kann. Mit jedem Bus wird der Schweiz rund 80t CO₂ gutgeschrieben auf unserem Weg zur CO₂-Neutralität. Die so erreichte Reduktion beträgt ca. 1/500 des inländischen CO₂-Ausstosses.

Kein Plus für die Umwelt

Diese Art von Politik hat nichts mehr mit gesundem Menschenverstand zu tun. Und sie hat auch nichts mit Umweltschutz zu tun. Das Kriterium der Zusätzlichkeit, welches bei Kompensationsprojekten erforderlich ist, ist hiermit sicher nicht erfüllt. Bangkok hätte auch ohne unser Steuergeld Elektrobusse eingekauft. Einfach eventuell etwas später.

Unser Geld ist nichts anderes als Entwicklungshilfe unter einem grünen Deckmantel. Hier ist die Schweiz massiv auf dem Holzweg. In unserem Land haben wir genügend Projekte und Bedürfnisse, wo diese Millionen von Franken hätten investiert werden können. Als SVP ist es unsere Aufgabe, diese Missstände aufzudecken, damit die Bevölkerung bei den nächsten Wahlen Korrekturen vornehmen kann.



Ein eCitaro-Elektrobus in Heerbrugg im Kanton St. Gallen. Bild: Kecko (Flickr.com)

GEFÄHRDETE SICHERHEIT

Die Schweiz verkennt sicherheitspolitische Realitäten

Ukraine-Krieg, Gaza-Krieg, Masseneinwanderung und wachsende Kriminalität. Viele Menschen in unserem Land sind verunsichert. Wir haben dem Sicherheitsexperten Lukas Joos Fragen zur aktuellen Sicherheitslage gestellt. Joos setzt sich politisch für eine härtere Bestrafung von Gewalttätern ein.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Sicherheitslage? Hat sie sich im Vergleich zum letzten Jahr verbessert?

Wissen Sie, für mich ist diese Frage zu einer Art Rohrschachtest geworden. Wer immer noch behauptet, die Sicherheitslage erodierte nicht, lebt wohl entweder in einem sehr entlegenen Tal oder hat ein ernsthaftes Problem, die Realität zu akzeptieren.

Welche sicherheitspolitischen Herausforderungen stellen sich für die Schweiz?

Die grösste Herausforderung ist, dass die Politik im Bereich der Sicherheit mehr oder weniger immun gegen Entwicklungen und Fakten geworden ist. Trotz der russischen Invasion in der Ukraine kommt die Aufrüstung der Armee nicht richtig vom Fleck. Trotz der offensichtlichen Gewalt- und Terrorgefahr durch die unkontrollierte Immigration aus Scharia-Ländern sind die Grenzen noch genauso offen wie am Tag des Bataclan-Massakers.

Israel hat seit dem 7. Oktober eine Notstandsregierung gebildet, sich auf eine Militäroffensive in den Gazastreifen vorbereitet und diese Initiative schon zu wesentlichen Teilen umgesetzt – alles in weniger als drei Monaten. So handelt ein Land, das in der Lage ist, den sicherheitspolitischen Realitäten ins Auge zu schauen. Die Schweiz hat diese Kraft, wenn überhaupt, dann nur noch sehr bedingt. Die erste und wichtigste Herausforderung ist es, diese Kraft wiederzuerlangen.

Gewaltbereite Hamas-Freunde

Welche Auswirkungen hat der Krieg zwischen der Hamas und Israel für die Schweiz?

Die Juden sind der Kanarienvogel in der Kohlenmine. Wir wissen alle, wie sehr der offene und auch gewalttätige Antisemitismus seit dem 7. Oktober auch in der Schweiz zugenommen hat. Auch für die Frauen, für Homosexuelle, bekennende Christen und andere Gruppen wird es bald noch viel ungemütlicher werden. Die Terroristen und ihre Sympathisanten hier sind dem Westen in allem ausser in einem unterlegen: in der Bereitschaft, Leute einzuschüchtern und körperlich anzugreifen. Nur leider genügt das völlig, um zu gewinnen, wenn die Gegenseite zu zimperlich ist, die nötige Gegengewalt auszuüben. Die Mixtur aus offenen Grenzen, Softie-Justiz, woken Polizei-Einsatzregeln und flächendeckenden Waffentragverboten wirkt für jede westliche Gesellschaft tödlich.

Verrohung der Sitten

Wie sieht es mit der Kriminalität aus in der Schweiz, nimmt sie zu oder ab? Es gibt Kriminalität und Kriminalität. Urkundenfälschung ist Kriminalität, Sexualmorde sind Kriminalität. Was zunimmt, ist nicht nur die Gewaltbereitschaft, sondern auch die Verwahrlosung des öffentlichen Raums und die Verrohung der Sitten. Und das ist für die Lebensqualität der Bewohner und für den sozialen Frieden viel relevanter als zum Beispiel eine Zunahme von sogenannten «white collar crimes».

Die Linken sagen, härtere Strafen hätten keine abschreckende Wirkung und würden deshalb die Kriminalität nicht senken. Was halten Sie von dieser Aussage?

Diese Aussage ist im politischen Kontext vor allem eines: irrelevant. Der primäre Zweck des Strafrechtes ist es, zu strafen, also stellvertretend für das Opfer Gegenleid zuzufügen. Und genau unter diesem Aspekt sind die teils absurd weichen Strafen gerade für Delikte gegen Leib und Leben inakzeptabel.

Sie haben im Bundeshaus gegen Geldstrafen für Vergewaltiger lobbyiert. Waren Sie mit Ihrer Arbeit erfolgreich?

Ich habe ein Komitee geleitet, das sich dafür einsetzte, dass die Mindeststrafen im neuen Sexualstrafrecht auf ein vernünftiges Mass angehoben werden. Die Möglichkeit der Geldstrafe für Vergewaltigung konnten wir verhindern. Aber vieles andere nicht, und das beelendet mich.

Mir tun die Opfer leid, die so vor Gericht erneut zum Opfer werden. Nein, von einem Erfolg kann man nicht sprechen.

Junge Frauen für strenge Strafen

Die Forderung nach härteren Strafen ist unter der Bevölkerung sehr populär. Warum gibt es trotzdem keine härteren Strafen?

Ein weiches Strafrecht gehört international zu den Kernanliegen der modernen, progressiven Linken. Auch in der Schweiz ist das so. Nur ist in der Schweiz das Interesse der bürgerlichen Parteien am Strafrecht und an der inneren Sicherheit sehr begrenzt. Es gibt in der Schweiz, im Gegensatz zum Beispiel zu den USA, keinen genügenden bürgerlichen Gegendruck in diesen Fragen. Das ist der Hauptgrund dafür. Woher dieses Desinteresse kommt, weiss ich auch nicht. Es ist komisch – umso mehr, dass solche Forderungen tatsächlich sehr populär sind, auch bei Schichten, bei denen die Bürgerlichen sonst eher Mühe haben. Wir haben das auch in unserem Komitee gemerkt. Bei einer Strassenumfrage nahmen wir Videostatements auf. Der Zuspruch war durch alle Schichten gross, aber wir hatten einen Überhang von jungen Frauen, die vor die Kamera wollten. Für die linksgrünen Mitglieder des Komitees war das nichts Besonderes, das merkte ich, für die Bürgerlichen hingegen schon.

Das Interview führte Daniel Rickenbacher



Die Strafe spielt in der modernen Justiz eine immer kleinere Rolle. Lässt sich damit noch Gerechtigkeit herstellen? Bild: Tim Reckmann (Flickr.com)

DER TEUFEL STECKT IM DETAIL

Welt im Kleinen



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

In uns Menschen steckt ein enormer Drang, dem Grossen, Mächtigen, Vermassten nachzurrennen. Dabei findet das wirkliche Leben im Kleinen statt. Mehr als das. Im täglichen Leben der Gemeinde zählt der Weiler, der Ortsteil, das Quartier mehr als das Nationale oder gar das Internationale. Hier – nicht in den fernen Zentralen – fallen Entscheide, die uns ganz direkt treffen.

Darum halte ich auch die Lokalberichterstatter für viel entscheidender als die hochnäsige Vogelschau vieler aussenpolitischer Grosskommentatoren. Im Kleinen weiss man viel besser Bescheid und es ist auch besser überprüfbar.

Die Arbeitsstelle, unsere Umgebung, die Mitarbeiter und Kollegen, der Chef oder die Chefin oder allfällige Unterstellte prägen unser Leben. Auch das

Vereinsleben und private Freundschaften sind für unseren Alltag bedeutsam. Das Familienleben steht im Vordergrund.

Wenn es in diesen kleinen Kreisen zu wackeln beginnt, wird auch das grössere Ganze porös und brüchig. Aber solange es «unten» stimmt, können Fehler ganz oben von unten «ausgebügelt» werden. Ich kenne Politiker, die das Kleine ihrer nächsten Umgebung in Unordnung gebracht haben, sich aber zutrauen, die ganze Welt zu ordnen.

Im kleinsten Kreis beginnt das Leben. Ohne dass wir geboren worden wären, wären wir nichts. Ohne Geburten würde die grosse Welt aussterben. Für das Wunder unserer Geburt können wir nichts – ausser dankbar sein.

Wir feiern demnächst die Geburt unseres Heilands. Eine Geburt, die ebenfalls im Kleinsten stattgefunden hat. Denn geringer, bescheidener und bedürftiger als in einer Strohkrippe zwischen Ochs und Esel kann ein neues Leben ja gar nicht beginnen. Und siehe: Gott ist an Weihnachten in Jesus Mensch geworden. Grösseres ist gar nicht möglich.

Kantonsrat
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

drei Ersatzmitglieder für das Obergericht (SVP, SP, GLP)

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Für diese Tätigkeit bringen Sie mit:

- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicheren Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich
- Einwandfreier Leumund

Die Sitze werden von den Fraktionen der SVP, SP und GLP beansprucht. Die Besetzung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besetzung der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1999 (LS 212.53).

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie unter <http://www.gerichte-zh.ch/organisation/obergericht.html>. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretarin der Justizkommission, i.c. iur. Katrin Meyer, unter 043 259 20 67 (Mo, Di und Do).

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit einem aktuellen Strategierauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **6. Januar 2024**.

Einladung zum SVP-Jassturnier

Was: Schieber-Jass mit zugelostem Partner

Wann: Freitag, 26. Januar 2024, 19.30 Uhr
Standblattausgabe ab 18.45 Uhr bis spätestens 19.15 Uhr

Organisation: SVP Hettlingen

Wo: Mehrzweckhalle Hettlingen

Einsatz: Fr. 20.00

Es sind schöne Preise zu gewinnen. Alle Jasser und Jasserinnen erhalten einen Preis!

Die Organisatoren sind gerüstet und freuen sich auf viele Teilnehmer. Für das leibliche Wohl sorgen die Mitglieder der SVP Hettlingen.

Melden Sie sich ab sofort an, aber spätestens bis 20.01.2024 an:

Eliane Curiger, Sonnenbergstrasse 80, 8488 Turbenthal
e-mail: eliane.curiger@gmx.ch

Wir heissen Sie heute schon herzlich willkommen und wünschen viel Spass und natürlich „guet Jass“!

Anmeldung zum SVP-Jassturnier 26. Januar 2024 in Hettlingen

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....

Fadegrad

von
Ueli Bamert

Ärger im linksgrünen Luftschloss

Linke kennen zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen bekanntlich nur eine Antwort: mehr Staat. Besonders eindrücklich zeigt sich dies beim Thema Wohnen. Hier lautet das Allheilmittel «Gemeinnütziger Wohnungsbau»: Städtische oder genossenschaftliche Wohnbauträger sollen die Mieter vor den Auswirkungen des bösen freien Marktes schützen, indem sie Wohnungen zur Kostenmiete anbieten – was nichts anderes heisst als: Der Vermieter verzichtet auf Gewinne, selbstverständlich schön artig subventioniert durch den Steuerzahler. Diversen Medienberichten zufolge ist man nun allerdings auch im städtischen Luftschloss des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf dem harten Boden der Realität angekommen: So hat laut NZZ am Sonntag etwa die Baugenossenschaft Frohheim in einzelnen Siedlungen die Miete um sagenhafte 25–30 % erhöht. Auch die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ) hat eine durchschnittliche Mietzinserhöhung von 8 % angekündigt. Aber nicht nur die Genossenschaften sind betroffen, auch die Stadt Winterthur erhöht in einem Teil ihrer städtischen Wohnungen die Miete – und zwar um durchschnittlich 6,8 %. Nun ist es grundsätzlich zu begrüssen, wenn sich auch staatliche und staatsnahe Vermieter dem Markt nicht komplett entziehen können. Wenn nur private Vermieter die Mietzinse erhöhen würden, würde die unsoziale Wohn-Subventionierung einiger weniger zulasten der privaten Mieterschaft noch weiter zunehmen. Ausserdem zeigt diese staatliche Mietzinserhöhung, dass das Bild, das die Linke von der privaten Vermieterschaft immer wieder zeichnet, komplett realitätsfern und verlogen ist. Schliesslich gibt es auch zahlreiche private Vermieter, die bezahlbare Wohnungen anbieten und nicht jede Zinsänderung gleich weitergeben. Das will man auf der linken Seite aber partout nicht hören, denn es passt nicht in das jahrelang sorgfältig gepflegte Bild des geldgierigen privaten Investors. Der Aufprall der linksgrünen Mietutopie auf dem Boden der Realität ist hart und schmerzhaft, kommt aber überhaupt nicht überraschend. Es ist die verfehlte linke Energiepolitik, die die Energiekosten in schwindelerregende Höhen getrieben hat. Es ist die verfehlte linke Politik der immer weiter ausufernden Bauvorschriften, die das Bauen verteuert. Und es ist nicht zuletzt auch die verfehlte linke Politik der ungebremsten Zuwanderung, die den Wohnungsmarkt in den Städten und den Agglomerationen aufheizt und die nicht nur die Mieter, sondern das ganze gesellschaftliche Leben verteuert. Gegen all diese Fehlentwicklungen gibt es nur ein Gegenmittel: mehr SVP. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns allen besinnliche Weihnachtsfeiertage und viel Power fürs 2024!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Fraktionserklärung: Mit Einkesselungen auch zukünftig linksextreme Gewalt verhindern

Die linksextreme Gewalt in der Stadt Zürich eskaliert seit vielen Jahren. 2011 erstickte die Polizei mit der Einkesselung von Personen die politisch motivierte Gewalt im Keim. Dafür wurde sie nun vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gerügt. Dieses Urteil ist ein Skandal. Einkesselungen müssen auch zukünftig angewendet werden.

Linksextreme nehmen sich regelmässig mit äusserster Gewalt die Strasse. Sie verwüsten ganze Strassenzüge und nehmen dabei auch Schwerverletzte in Kauf.

Der linksextreme Mob ging in der Vergangenheit unter anderem mit Eisenstangen, Steinen und Molotowcocktails auf Menschen los. Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart sagte vor eini-

gen Monaten, dass die linksextreme Gewalt eine «neue Dimension» angenommen habe.

Die Sachschäden sind jeweils enorm und müssen meistens von den Opfern selbst getragen werden. Polizisten werden bespuckt, bedroht und angegriffen. Es ist richtig, dass die Polizei die Personen, die offensichtlich eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Ord-

nung darstellen, einkesselt und so die linksextreme Gewalt im Keim erstickt. Dass die fremden Richter in Strassburg diese Praxis rügen, ist selbst für die Minderheit der Richter nicht nachvollziehbar. Im Gerichtsurteil steht:

– «Einkesselung ist kein Freiheitsentzug»

– «Im Austin-Urteil entschied der Gerichtshof, dass die Einkesselung unter

ähnlichen Umständen den Artikel 5 der Menschenrechtskonvention nicht in Frage stellt»

– «Ein internationales Gericht ist zu weit von den Tatsachen entfernt, verfügt nicht über die geeigneten Mittel und im vorliegenden Fall ist die Tatsachengrundlage einfach nicht ausreichend, um gegen die innerstaatlichen Gerichte der Schweiz vorzugehen»

Der Gerichtshof entschied in zwei ähnlichen Fällen komplett unterschiedlich und somit ist das aktuelle Urteil widersprüchlich. Das Urteil dieser fremden Richter ist aus zwei weiteren Gründen ein Skandal:

Erstens: Es hebt unsere Demokratie aus. Eine elitäre Gruppe in Strassburg will unberechtigterweise bestimmen, wie wir in der Stadt Zürich Politik machen sollen. Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart ist vom Volk gewählt. Sie bestimmt in Absprache mit der Polizei, welche Taktik richtig ist.

Zweitens: Das Skandal-Urteil verdreht Täter und Opfer. Täter, das sind die Linksextremen, die regelmässig Menschen angreifen und ganze Strassenzüge verwüsten.

Frau Karin Rykart, lassen Sie sich als Sicherheitsvorsteherin vom Skandal-Urteil aus Strassburg nicht beirren und lassen Sie die Polizei weiterhin das Instrument der Einkesselungen nutzen. Der Schutz von Leib und Leben sowie vom Eigentum steht im Vordergrund.



Von den Linksextremen geht ein enormes Gewaltpotenzial aus. Die Polizei muss hart durchgreifen.

Bild: Imago

AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

Budgetsitzung: Die Königin der Ratsitzungen

Die Königin der Ratsitzungen, die Budgetsitzung, fand am 11. Dezember statt, und sie ging als die kürzeste Budgetsitzung der jüngeren Ustermer-Ratsgeschichte in das Protokoll ein. Der Uster-Märt zeigt die Konsequenzen von linker Politik und öffnet der Bevölkerung langsam die Augen.

Benjamin Streit
Gemeinderat SVP
Uster

Die Leistungsaufträge 2024–2027 und das Globalbudget 2024 für die Sekundarschulpflege waren unumstritten. Wir stellen ein Ausgabenwachstum fest. Es wird viel gebaut und entsprechend ist der Aufwandüberschuss hoch. Wir sind dennoch positiv gestimmt, dass die Schulpflege neues Geld nicht einfach mit einer Steuererhöhung abholen möchte, sondern ihr Budget besser anschauen will. Unser Fraktionspräsident Markus Ehrensperger bemerkt, es wäre praktisch, wenn die Sekundarstufe Uster auch von der Grundstückgewinnsteuer profitieren könnte, wie es die Stadt tut. Die Weisung wird mit 33:0 angenommen.

Mehr Ausgaben ohne mehr Leistung

In der Eintritsdebatte trifft unser Fraktionspräsident den Nagel auf den Kopf: Der Stadtrat führt seine rotgrüne Philosophie weiter. Die Primarschule brauche sodann satte zehn Mio. Franken mehr als vor fünf Jahren und komme jetzt auf 53 Mio. Franken! Ein mutloses Budget sei das! Die Kosten pro Einwohner seien in nur einem Jahr um neun Prozent gestiegen. Ob jeder Ustermer auch neun Prozent mehr Leistung von der Stadt Uster im 2024 erhalte, dürfe er dann in einem Jahr selber beantworten! Seitens des Stadtrats seien keine Ambitionen sichtbar, Ausgaben zu kürzen, weshalb man dem Stadtrat mit einer Steuerfussenkung das Geld eben wegnehmen müsse.

So spart man Zeit und Geld

Markus Ehrensperger stellt nach der Eintritsdebatte einen brillanten Antrag, dass in der anschliessenden Beratung

die Subkommissionsreferate in gänzlich unbestrittenen Geschäftsfeldern nicht gelesen, sondern direkt dem Protokoll zugeführt werden sollen. Mit einer Einfach- statt einer Doppelsitzung liessen sich neben der Zeit auch gleich noch das Sitzungsgeld von 3000 Franken sparen. Der Antrag wird mit 18:16 angenommen – gegen die Stimmen von GLP/Rotgrün, die sich dieser guten Idee verweigern und nichts von Effizienzsteigerung und Kostensparen wissen wollten! Einmal mehr!

Erfolgreicher Streichungsantrag

Wir schreiten effizient voran und gelangen bereits an den grössten Streichposten des Abends, wofür Markus Ehrensperger, der Schreibende und Matthias Bickel (FDP) seit den Sommerferien gekämpft haben: Streichung der 800000 Franken zur Sanierung der Bonstettenstrasse, deren Phase 2 eine Erweiterung und keine Sanierung darstellt. Die SP will nichts vom Sparen wissen und schützt ihren zuständigen Stadtrat und wirft den Sparern sogar Steuergeldverschwendung vor. Der zuständige Stadtrat Stefan Feldmann gibt sich uneinsichtig und spielt unter anderem auch die breite Unterstützung des Quartiers gegen das Erweiterungsprojekt herunter. Der Streichungsantrag wird dennoch mit 22:12 angenommen.

Kein Lobbygeld für linke Verkehrspolitik

Bei den Strassen machen wir gleich weiter mit dem Sparen. Für die Unterführung Winterthurerstrasse soll man dem Stadtrat 200000 Franken geben, damit er sich für die Ausführung beim Kanton stark machen kann. Der linke Stadtrat hat bereits für eine 30er-Zone bei der Unterführung beim Kanton lobbyiert. Wir finden, nur damit linke Verkehrsideen eingebracht werden können, braucht es nicht auch noch Geld.

Der Kanton ist autofreundlicher als die linke Stadt Uster und weiss, was er macht. Eine Mehrheit des Gemeinderats streicht daher diesen Budgetposten.

Beim Steuerfuss waren wir Bürgerliche wieder knapp unterlegen, er bleibt mit 18:16 Stimmen beim Antrag des Stadtrats von 94 Prozent.

Die nächsten Gemeindewahlen im 2026 sind hier entscheidend, wir müssen die GLP-SP-Grüne-Mehrheit beenden!

Uster Märt, eine Riesen Enttäuschung

Gross war die Vorfremde auf den Uster Märt, an welchen jeder von uns Erinnerungen bis weit in die Kindheit hat. Umso grösser war die Enttäuschung, als man dieses Jahr durch den Märt ging. Denn was man gesehen und erlebt hat, ist dem Namen Uster Märt unwürdig: eine Enttäuschung auf breiter Linie. Die Stände standen so weit auseinander, wie es nur ging, Zu- und Wegfahrten waren gefühlt grösser als unter dem Jahr. Feste und Anschlussfeiern gab es, wie man in Medien kürzlich lesen konnte, nicht mehr. Nicht bewilligungsfähig, hiess es.

Die spürbaren Konsequenzen linker Politik

Neue Bewilligungspraxis, Strassenumgestaltungen oder neue Sicherheitskonzepte – das sind die Gründe dafür und es sind Gründe, welche die Resultate linker Politik sind.

Überregulierungen sondergleichen machen den Marktfahrern das Leben schwer, und wer gedacht hat, das war's, hat sich getäuscht. Noch mehr Vorgaben sind auf dem Weg, z.B. mit dem Postulat «521 nachhaltige Veranstaltungen» der Grünen, welches der Stadtrat dankend entgegennahm und beantwortete. Unter anderem fordern die Grünen Mehrweg-Geschirr. Es ist Aufgabe der SVP, den Bürgern mit solchen emotionalen Beispielen die Folgen von linker Politik aufzuzeigen. So gewinnen wir Wahlen und als Ergebnis Stärke in den Parlamenten.



Die Linke sagt den Volksfesten den Kampf an. Jüngstes Opfer: der Uster Märt.

Bild: pxhere.com

MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH

Steuerreduktion dank SVP

In Zusammenarbeit mit ihren Partnern konnte die SVP im Kantonsrat Budgeteinsparungen durchsetzen. Leider kommt es nur zu einer bescheidenen Steuerreduktion von 1%. Mitte-Links-Parteien verhinderten die angestrebte Reduktion um 2%.

Nach zweitägiger Debatte stimmten die bürgerlichen Parteien SVP und FDP zusammen mit der GLP und der Mitte dem Budget 2024 zu. Im Kantonsrat gelangen substanzielle Verbesserungen am Budget. So wird der Regierungsrat beauftragt, nächstes Jahr 182 Mio. Franken einzusparen. Dank der bürgerlichen Parteien konnten auch Forderungen von Rotgrün, das Budget um weitere 150 Mio. Franken Mehrausgaben zu belasten, abgewehrt werden.

Anhaltendes Personalwachstum

Kritisch beurteilt die SVP das geplante Personalwachstum um mehr als 1300 Stellen im Jahr 2024. SVP-Kantonsrat Karl Heinz Meyer meint dazu: «Der Kanton muss effizienter und bürgernäher werden. Ein weiteres ungebremsstes Personalwachstum darf nicht hingenommen werden.»

Dank der SVP muss der Regierungsrat auch beim Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) für die Folgejahre 2025–2027 Einsparungen in der Höhe von 250 Mio. Franken pro Jahr tätigen. Damit wird der mittelfristige Ausgleich stabilisiert.

Leichte Steuerreduktion

Dank SVP gibt es auch eine leichte Reduktion der Staatssteuer. Zwar nur um 1% und nicht um 2%, wie SVP und FDP ursprünglich forderten, aber immerhin. Damit wird die Attraktivität unseres Kantons gestärkt. «Da sich die finanziellen Aussichten leicht eintrüben, braucht es in den nächsten Jahren einen noch haushälterischen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler», fordert FIKO-Präsident Tobias Weidmann. Die in der Budgetdebatte erreichten Verbesserungen sind ein erster Schritt dazu.

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Ihr Immobilienraum?

www.immobilientraum.info

aktuell im Verkauf

<p>3 Rebweg 8457 Humlikon</p>  <p>ab CHF 1'550'000.-</p> <p>6½ Zi. Doppel-EFH's +41 52 338 07 09 www.rebweg.ch</p>	<p>7 Uetliblick 8136 Thalwil-Gattikon</p>  <p>ab CHF 1'631'000.-</p> <p>3½ und 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.uetliblick-gattikon.ch</p>	<p>8 Hofwisen 8545 Rickenbach</p>  <p>CHF 580'000.-</p> <p>2½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.hofwisen.ch</p>	<p>11 am Eichacher 8904 Aesch</p>  <p>CHF 1'451'000.-</p> <p>3½ u. 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.ameichacher.ch</p>	<p>12 Schlossblick 8610 Uster</p>  <p>ab CHF 1'101'000.-</p> <p>2½ - 4 ½ Zi.-Wohnungen +41 44 316 13 05 www.schlossblick.ch</p>
<p>14 Glattwies 8152 Glattbrugg</p>  <p>CHF 1'554'000.-</p> <p>4½-Zi.-Dachwohnung +41 44 316 13 87 www.glattwies-glattbrugg.ch</p>	<p>15 Dreieckspitz 8406 Winterthur</p>  <p>CHF 1'551'000.-</p> <p>3½ / 4 ½ Zi. Wohnung mit Terrasse +41 55 610 47 46 www.dreieckspitz.ch</p>	<p>16 Vistacasa 8308 Illnau</p>  <p>ab CHF 1'145'000.-</p> <p>3½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.vistacasa.ch</p>	<p>18 Schmiedgass 8545 Rickenbach</p>  <p>ab CHF 724'100.-</p> <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.schmiedgass.ch</p>	<p>22 Solevista 8615 Wermatswil</p>  <p>CHF 2'187'500.-</p> <p>4½ Zi.-Gartenwohnung +41 58 400 85 20 www.solevista.ch</p>

Projektankündigungen

<p>1 am Goldenberg 8400 Winterthur</p>  <p>Baubewilligung erteilt</p> <p>3½ u. 4½-Zi. Wohnungen +41 55 610 47 46 www.amgoldenberg.ch</p>	<p>2 Römergarten 8404 Winterthur</p>  <p>3½ - 5½-Zi. Mietwohnungen +41 55 610 47 46 www.immobilientraum.info</p>	<p>4 La Rivera 8424 Embrach</p>  <p>2½- bis 4½-Zi. Wohnungen +41 55 610 47 46 www.larivera.ch</p>	<p>5 Geiselweid 8400 Winterthur</p>  <p>2½- bis 4½-Zi. Wohnungen +41 55 610 47 46 www.geiselweid-winterthur.ch</p>
<p>6 Duovivo 8904 Aesch ZH</p>  <p>Baubewilligung erteilt</p> <p>2½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.duovivo.ch</p>	<p>9 Chridlerpark 8127 Aesch-Maur</p>  <p>Freiheit des Bundesgerichts, 24 Monate für ein Urteil!</p> <p>3½ - 5½ Zi. WHG und EFH +41 55 610 47 46 www.chridlerpark.ch</p>	<p>10 am Zentrum 8910 Affoltern a.A.</p>  <p>2½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.amzentrum.ch</p>	<p>13 Soley 8309 Birchwil</p>  <p>Baubewilligung erteilt</p> <p>3½ u. 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.soley-birchwil.ch</p>
<p>17 Puro Vivere 8157 Dielsdorf</p>  <p>5½ Zi.-EFH, Doppel-EFH's +41 55 610 47 46 www.purovivere.ch</p>	<p>19 Neufrohnsinn 8404 Stadel</p>  <p>3½ - 5½ Zi. Whg. und REFH +41 52 338 07 09 www.immobilientraum.info</p>	<p>20 Tre Fiori 8913 Ottenbach</p>  <p>3½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.tre-fiori.ch</p>	<p>21 Grastal 8310 Grafstal</p>  <p>2½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.grastal.ch</p>
<p>23 Hotzenstock 8133 Esslingen ZH</p>  <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.hotzenstock.ch</p>	<p>24 Trottenacker 8458 Dorf ZH</p>  <p>5½ Zi.-Reihen-Doppel-EFH's +41 52 338 07 09 www.immobilientraum.info</p>		

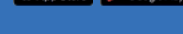
Stand November 2023

Jetzt Newsletter abonnieren!



Bleiben Sie „app to date“ mit unserer Immobilienraum-App.

Jetzt herunterladen!



DIE SCHWEIZER REGIERUNG FINDET ALLES GUT

Asylpolitik im Zeichen der Flüchtlingskonvention

Ende 2023 gilt es, Bilanz zu ziehen. Die Kriege in der Ukraine und in Nahost dominieren die Szenerie. Die EU versucht vor den Wahlen des Europäischen Parlaments, eine Asylpolitik festzuschreiben, die nichts taugt, und die Schweiz trottet der EU hinterher, anstatt sich auf ihre eigenen Stärken zu besinnen.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon ZH

Die Schweiz trottet in diesem dynamischen aussenpolitischen Umfeld der Europäischen Union einfach hinterher. Kurz vor Weihnachten hat der Bundesrat ein neues Verhandlungsmandat mit der EU skizziert.

Stur auf EU-Kurs

Der Entwurf beinhaltet alten Wein in alten Schläuchen. Internationale Anbindung an EU, der Gerichtshof als parteiische Rechtsinstanz und selbstverständlich die EU-Personenfreizügigkeit. An

nichts will man rütteln. Die Landesregierung gibt sich einmal mehr weder souverän, neutral noch direkt-demokratisch. Pro Schweiz brachte es kürzlich auf den Punkt: «Die Schweiz muss endlich aus den Fängen der EU-Kommission geführt werden.»

Derweil ist der Propagandakrieg in vollem Gange. Die Medien bereiten sich bereits auf die nächste Abstimmungsschlacht vor. Die EU-Postille «Blick» versucht einmal mehr «Die Schweiz und Europa» mit einseitigen EU-Umfragen zu thematisieren und unterschlägt einmal mehr, dass die EU nicht Europa ist.

Überall Propaganda

Die Propagandaschlacht läuft auch in der EU auf Hochtouren. Da ist plötzlich von einer Reform des EU-Asylrechts die Rede. Da heisst es dann beispiels-

weise in den EU-Medien: «Asylreform: Auf diese strengen Regeln hat sich die EU jetzt geeinigt». Man spricht von «Durchbruch». Man will den Bürgern weismachen, dass die Politik aus den Migrationswellen gelernt habe. Schliesslich sind im nächsten Jahr ja EU-Wahlen.

Das gemeinsame europäische Asylsystem ist bei Lichte betrachtet aber nur ein Status quo. Geht ja gar nicht anders, wenn man den Migrationspakt unterstützt. Jetzt sollen Migranten mit einer Anerkennungsquote von unter 20 Prozent an den EU-Aussengrenzen festgehalten werden und ihre Asylanträge in einem Schnellverfahren geprüft werden.

Das auf den ersten Blick gut tönende Programm hat zahlreiche Haken. Migranten mit ihren Schleppern kön-

nen diese Regelung leicht umgehen, indem sie die Pässe und andere Hinweise auf die Herkunft vernichten. Dann wird einfach eine andere Herkunft vorgetäuscht.

Da wird dann aus einem Ägypter mit geringer Anerkennungsquote schnell mal ein Syrer.

Subsidiärer Schutz ist alles

Das Problem ist heute die Masseneinwanderung über die Genfer Flüchtlingskonvention und der damit verbundene

«subsidiärer Schutz». Die meisten Asylanträge werden abgelehnt, aber «schutzberechtigt» nach Genfer Konvention sind sie trotzdem und können aufgrund des EU-Abschiebeverbots bleiben. Das Ganze verkompliziert sich weiter, indem etwa Deutschland bisher Geduldete neu viel schneller einbürgern lässt. Die EU will also die Migration weiter verwalten und umverteilen.

Eine Art Abschreckung ist nicht geplant. Nur ein Placebo für die anstehenden EU-Wahlen.

Nachhaltigkeits-Initiative

Keine 10-Millionen-Schweiz

Das will die Initiative erreichen:
JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

nachhaltigkeitsinitiative.ch



SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 67. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 11. Februar 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

Sonntag, 19. Mai 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

Bezirk Dielsdorf
Mittwoch, 17. Januar 2024, 20.00 Uhr, a.o. Bezirksdelegiertenversammlung, Restaurant Löwen, Grafschaftstrasse 2, Niederglatt.

Mittwoch, 17. April 2024, 20.00 Uhr, Bezirksdelegiertenversammlung, Restaurant Löwen, Grafschaftstrasse 2, Niederglatt.

Bezirk Dielsdorf/Rümlang
Freitag, 26. April 2024, bis Sonntag, 28. April 2024, SVP-Stand an der Gewerbeschau Rümlang, Sportzentrum Heuel, Rümlang.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Freitag, 26. Januar 2024, 19.30 Uhr, SVP-Jassturnier, Standblattausgabe ab 18.45 Uhr, Mehrzweckhalle Hettlingen. Anmeldung an eliane.curiger@gmx.ch.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Dienstag, 16. Januar 2024, 18.30 Uhr, Sessionsrapport, Biergarten, Hohlstrasse 25, Zürich, mit den Nationalräten Alfred Heer, Gregor Rutz und Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 6. Januar 2024, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 11. Januar 2024, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach.

BILDUNGSPOLITIK

Die Politik muss die Schule aktiv gestalten

Die Schule übernimmt eine zentrale Funktion in unserer Gesellschaft. Aber sie muss gewaltfrei und politisch neutral gestaltet sein, um ihren Auftrag zu erfüllen.



Marion Müller
Parteisekretärin SVP
Stadt Zürich
Zürich

Es freut mich sehr, dass meine Wahl in die Kreisschulbehörde Zürichberg vor kurzer Zeit rechtsgültig wurde und ich eine Chance erhalten habe, zur Aufrechterhaltung und Verbesserung des Schulsystems in Witikon beizutragen. Dank an alle, die mir das ermöglicht haben. Ich fühle mich mit Witikon stark verbunden. Die örtliche Nähe zu den Schulen und Kindergärten erlaubt es mir, einen persönlichen Bezug zu meiner Arbeit, den Schülern und Lehrern aufzubauen.

Primarschule zentral für die Schweiz
Dieses Amt ist mir wichtig, weil die Primarschule eine unerlässliche Funktion im demokratischen Staat bildet. Sie soll für junge Menschen eine Grundlage bieten zur Erlangung von fundiertem Allgemeinwissen, das sie in ihrer beruflichen Laufbahn nutzen sollen. Damit es Schülern möglich ist, sich optimal auf einen zukünftigen Berufsalltag oder ein Studium vorzubereiten, ist es wichtig, dass der Unterricht anhand der Bedürfnisse in der Wirtschaft ausgestaltet wird.
Dies sorgt dafür, dass wir gut ausgebildete und erfolgreiche Fachkräfte fördern.
Denn ein gut ausgebautes Bildungssystem trägt zum Wohlstand der Gesellschaft und der Schweiz bei.

Nulltoleranz gegenüber Gewalt und Mobbing
Ein noch grösseres Anliegen ist mir aber, dass neben den optimalen fachlichen Voraussetzungen zur Aufnahme des Unterrichtsstoffs, auch die zwischenmenschlichen Komponenten vorliegen. Einen grossen Einfluss auf das Lernverhalten der Schülerinnen und Schüler haben soziale Interaktionen im Schulalltag. Gewalt an Schulen – psychisch wie physisch – sowie Mobbing oder Ausgrenzung jeglicher Form muss konsequent verhindert werden. Es liegt in der Verantwortung der Kreisschulbehörden und der Erwachsenen, dafür zu sorgen, dass sich alle Schülerinnen und Schüler an ihrer Schule sicher und gut aufgehoben fühlen und ihre Integrität gewährleistet wird. Ein geregelter Schulalltag und der gesunde Umgang mit

Kindern und Jugendlichen haben einen bedeutenden Einfluss auf unsere Gesellschaft und auf das Gesundheitssystem, welches sowieso schon belastet ist.

Politische Neutralität der Schule
Das Gebot zur politischen Neutralität ist für mich ebenfalls ein wichtiges Thema. Politische Äusserungen im Unterricht durch Lehrpersonen haben im Klassenzimmer grundsätzlich nichts zu suchen. Auch die Kantonsverfassung Zürich hält die politische Neutralität der öffentlichen Schulen fest. Demonstrativ vortragene politische Ansichten können das Arbeitsklima im Klassenzimmer und das Verhältnis untereinander belasten. Zwischen Schülern und Lehrpersonen besteht ein hierarchisches Verhältnis. Oft fühlen sich Schulkinder in ihrer eigenen differenzierten Meinung verunsichert, wenn ihre Weltanschauung durch Autoritätspersonen

gegenteilig dargelegt wird. Zudem brauchen die Schüler die Möglichkeit, sich unvoreingenommen und unabhängig von öffentlichen Schulen eine eigene Meinung bilden zu können, ohne den Einfluss durch den Staat. Denn es liegt im elterlichen Erziehungsrecht, selbst festzulegen, welche parteipolitischen Werte innerhalb der Familie vertreten und gelebt werden sollen.

Lernen ist nur in einer ruhigen Atmosphäre möglich. Bild: Adobe Stock



JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch